Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **SV** — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 2 G.-M., die Einzelnummer kostet 10 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 60 — Olpe, Dienstag, den 11. März 1924. — 84. Jahrg.

Stresemann zerstört völkische Verleumdung.

Das französische Gelbbuch.

General v. Lossow als Zeuge.

Die gestrige Reichstagssitzung

wurde mit einer Erklärung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann eröffnet, welche wieder einmal die gehässige und schmutzige, gemeine Lüge und grundlose Verleumdung nicht verschmähende Art des persönlichen niederträchtigsten und gemeinsten Kampfes der Deutschvölkischen, die von den Deutschnationalen leider nur allzu oft mitgemacht wird. Der zu dem Block der nationalen Helden, welche bekanntlich das Nationale allein in Erbpacht haben, zählende Abg. Prof. Freitag von Lorringhofen hatte allein auf Grund einer Notiz des als ganz übelen Revolverblattes bekannten „Völkischen Beobachters" gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann den Vorwurf erhoben, daß Stresemanns Schwiegervater Hauptaktionär der tschechischen Hauptwaffenfabrik der Skodawerke sei und daß Stresemann sich hierdurch in seiner Politik beeinflussen lasse, ein Vorwurf, der, wenn er zugetroffen wäre, ein ungeheurer kaum zu überbietender Skandal gewesen wäre. Doch Stresemann konnte durch Tatsachen beweisen, daß hieran auch nicht ein wahres Wort war, sondern, daß diese Meldung von Anfang bis zum Ende erfunden ist. Daß aber ein Universitätsprofessor, also ein Mann, der Anspruch auf Bildung macht und der doch sich der Tragweite einer solchen Aeußerung bewußt sein sollte auf Grund einer solch unlauteren Quelle eine solche Verleumdung ausspricht, ist für einen Normalmenschen nicht zu verstehen. Es ist ein trauriges Zeichen dafür, wie blind die äußersten Rechten sein können, wenn sie mit ihrer Blindheit dem politischen Gegner nur eins am Zeuge flicken können. Dieselbe Hetze, die einst gegen Erzberger und Rathenau eingesetzt hat, welche unser Volk so weit in den Abgrund getrieben hat, sie wird jetzt von den Deutschnationalen in der lustigsten Weise weiter betrieben, ob man Tatsachen hat oder nicht. Ist es aber ganz wackelig, dann verschanzt man sich dahinter: „Es heißt". Dann kann man ruhig Behauptung auf Behauptung in die Welt setzen und den Quatsch- und Tratschtanten Konkurrenz machen und dem politischen Gegner etwas am Zeug flicken. So ging es unter dieser Marke gestern gegen Hermes und Hilferding, denn die Deutschnationalen haben auch einmal ihr beamtenfreundliches Herz entdeckt, da man ja hofft, hier noch einen günstigen Wahlfischfang zu machen. Doch dem Redner hat auch diesmal sein Gedächtnis einen üblen Streich gespielt. Er hat, da er auf die Pressehetze gegen die Beamten hinwies, etwas zu sagen vergessen, nämlich, daß die Zentrumspresse dabei nicht mitgemacht hat, daß aber die **ganze Beamtenhetze ausging von dem führenden Organ der Deutschnationalen, dem Stinnesblatt, der Deutschen Allgemeinen Zeitung**, die der Rufer im Streit gegen die Beamten war. Das werden die Beamten sich merken, da jetzt die Deutschnationalen vor der Wahl auf einmal ihr beamtenfreundliches Herz entdeckt haben, während sie damals schwiegen. Ja, Fraktion Wetterfahne beweist, daß sie auch anders kann. Die weitere Debatte roch auch sehr stark nach Agitationsluft. Insbesondere kam es zu starken Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen, welche sich gegenseitig die Schuld an dem Zusammenbruch zuschoben, ein ekelerregendes Schauspiel, als ob wir jetzt nichts besseres zu tun hätten, in der Vergangenheit herumzuwühlen und einander zu verketzern, in einer Stunde, in der die Not des Volkes und des Vaterlandes positive Arbeit fordert. Zu der aber ist dieser Reichstag nicht mehr fähig. Deshalb sollte er wenigstens den Mut haben, in Schönheit zu sterben, damit er doch durch seine das Ansehen des deutschen Volkes im Auslande nur schädigenden Zänkereien der deutschen Sache nicht mehr schadet. Wir treten deshalb dem Wunsche der Deutschen Volkspartei bei, daß der Reichstag selbst seine Lebensdauer beschränke, baldigst auseinandergehe und die Neuwahlen bald kommen. Das deutsche Volk aber muß dann Leute wählen, die arbeiten und nicht so viel reden. Die letzten Zuckungen des Reichstages reden eine eindringliche Sprache für die Wahlparole zu den Neuwahlen.

Gegen die nationale Phrase! Für die nationale Tat.

Dr. W.

Deutscher Reichstag

V. D. Z. **Berlin**, 10. März. (Drahtbericht.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Erklärung das Wort

Außenminister Dr. Stresemann:

In der letzten Reichstagssitzung habe ich mich gegen eine Aeußerung des Breslauer Professors Freytag-Lorringhofen gewendet, die darauf ausging, zu behaupten, meine persönliche Haltung werde offenbar beeinflußt dadurch, daß mein Schwiegervater Hauptaktionär der tschechoslowakischen Waffenfabrik Skoda sei, an welcher auch französisches Kapital beteiligt sei. Professor Freytag-Lorringhofen hat mich in einem Brief, der auch in der Presse veröffentlicht wurde, aufgefordert, hier im Reichstag mitzuteilen, daß er mich mit dieser Behauptung nicht verdächtigen wolle.

Ich kann dazu feststellen, daß mein Schwiegervater nun 20 Jahre tot ist, daß er niemals an einer ausländischen Waffenfabrik beteiligt war und daß im Besitz meiner Familie keine Aktien ausländischer Waffenfabriken sich befinden. Die ganze Behauptung ist also vollständig aus den Fingern gesogen. (Hört, hört.) Wenn Professor Freytag-Lorringhofen mich nicht verdächtigen wollte, weiß ich nicht, warum diese falschen Behauptungen von ihm in verschiedenen öffentlichen Versammlungen wiederholt worden sind. Professor Freytag-Lorringhofen gab ausdrücklich in seinem Briefe an, daß **die Quelle seiner Behauptung ausschließlich eine Notiz des „Völkischen Beobachters"** sei. Ich habe bisher geglaubt, daß ein deutscher Professor für seine Behauptungen, die er in der Oeffentlichkeit aufstellt, andere Quellen sucht. Ich kann unter diesen Umständen nichts zurücknehmen von dem, was ich in der letzten Reichstagssitzung zu der Angelegenheit gesagt habe.

Nach debatteloser Erledigung kleinerer Vorlagen wird die politische Aussprache fortgesetzt.

Abg. Düringer (D.-Vp.):

Wir von der **Deutschen Volkspartei** wünschen das **baldige Auseinandergehen des Reichstages und baldige Neuwahlen.** Wir wünschen, daß der **Reichstag** durch ein **verfassungsänderndes Gesetz selbst seine Lebensdauer beschränke.** Der Redner betont, daß er die folgenden Ausführungen nicht im Namen seiner Fraktion macht.

Die Hypothekenaufwertung nach der Steuernotverordnung ist zwar vom Reichsgericht neuerlich für rechtsgültig erklärt worden, aber es ist nicht bekannt, daß darüber im Schoße des Reichsgerichts selbst eine Meinungsverschiedenheit besteht. Der Redner wendet sich in längeren Ausführungen **gegen die Aufwertungsvorschriften der Steuernotverordnung.** Die Steuernotverordnung sei eine einseitige Begünstigung des Kapitals. Sie widerspreche den Grundsätzen von Treu und Glauben. Gegen die Aufwertungsvorschriften habe sich mit vollem Recht ein Sturm der Entrüstung erhoben. Das Reichsfinanzministerium habe in allen lebenswichtigen Fragen versagt und habe mit verschränkten Armen zugesehen, daß

über 90 Prozent aller Steuern vom Lohn der Arbeiter und Angestellten aufgebracht

wurden, während die reichsten Fabrikanten so gut wie gar keine Steuern zahlten (Sehr wahr, links). Die notwendigen Mittel könnten viel besser aufgebracht werden durch **energische Besteuerung der Revolutionsgewinnler und Inflationsgewinnler, der Protabgabe oder durch Zuschläge zur Einkommensteuer.** Der Reichstag sich nicht selbst entmannen. Wir rechnen darauf, daß der Antrag meiner Freunde und der Sozialdemokratie, die sich gegen die Steuernotverordnungen richten, im Rechtsausschuß beraten werden.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Wir hätten begrüßt, wenn Herr Dr. Düringer seine ausgezeichneten Ausführungen schon eher gemacht hätte, als Becker und Hermes Finanzen und Wirtschaft verwalteten. Die Steuerpolitik, die seit Jahren gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie betrieben worden war, hat in Verbindung mit der Finanzpolitik des früheren Reichsbankpräsidenten die Massen der werktätigen Bevölkerung ausgepowert zu gunsten des Kapitals. (Zuruf: Sehr wahr.) Durch die dritte Steuernotverordnung wird dieses Unrecht noch verschärft. Die Justizverordnung schließt die Laien so gut wie vollständig von der Rechtspflege aus. Am 20. 4. sind 10 Monate verflossen, seit Fechenbach im Zuchthause ist. Wollen Sie Herr Justizminister dieser Schmach noch länger zusehen? (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Deutschland leidet unter der infamen Lüge von der Alleinschuld am Kriege. Herrn Ludendorffs Feldherrnruhm ist zweifelhaft. (Stürmische Pfuirufe rechts.) Den Deutschnationalen nützt ihr völkisches Tun nichts. Herr Helfferich ruft zur Volksgemeinschaft auf und schließt alle darin aus, die nicht seiner Fahne folgen. Wir könnten Freudenfeuer anzünden, wenn wir 1917 den Frieden geschlossen hätten, den wir wollten. Die sozialen Errungenschaften der Revolution sind bald ganz verschwunden.

Abg. **Deglerk** (D.-N.): Herr Scheidemann will die Schuld des Zusammenbruchs Herrn Ludendorff zuschieben. Der Beauftragte Scheidemann hat das deutsche Volk in den Dreck geführt. (Beifall rechts. Unruhe bei den Soz.) Ich hoffe, daß einmal der Tag kommen wird, an dem alle Verbrecher, die an unserem Zusammenbruch verschuldet haben, auf einem Gerichtshof ihre gerechte Strafe erleiden. Gegen die Beamtenschaft ist seinerzeit die Hetze in die Presse angestellt worden, als hätten sie an dem finanziellen Zusammenbruch schuld. Es heißt sogar, daß hinter dieser Hetze die ehemaligen Finanzminister Hermes und Hilferding ständen. Wir haben die Aufhebung der Personalabbauverordnung beantragt. Die Parteien, die damals dem Ermächtigungsgesetz zustimmten, dürfen sich jetzt freilich nicht aufregen. Die Beamtenabbauverordnung hat das verfassungsmäßige Recht der Beamtenschaft einfach über den Haufen geworfen.

Abg. **Gallwitz** (D.-N.) erklärt persönlich zu den Ausführungen Scheidemanns, er habe genug gewußt, als in einer Besprechung des Kabinettschefs Prinz Max von Baden mit dem Staatssekretär Scheidemann sich letzterer gegen die Heraüsschickung von 150 000 Rüstungsarbeitern an die Front ausgesprochen mit der Begründung, die Leute hätten genug, sie hätten keine Neigung, an die Front zu gehen.

Abg. **Scheidemann** beruft sich gegenüber dem Abg. Gallwitz auf die Dokumente des Jahres 1918.

Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag 2 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht weiter die Vorlage über die Golddiskontbank und ein deutschnationaler Antrag auf Aenderung des Artikels 118 der Verfassung.

Das französische Gelbbuch.

Die in dem ausgegebenen Gelbbuch über die Sicherheitsfrage (genauer Titel: Dokumente über die Verhandlungen betreffend die Sicherheitsgarantien gegen einen Angriff Deutschlands, 20. 1. 1919 bis 7. 12. 1923) veröffentlichten Schriftstücke sind zum Teil, sei es durch die Presse, sei es durch das bekannte Buch Andre Tardieus über die Friedenskonferenz bereits bekannt. Unter den noch nicht veröffentlichten Dokumenten ist in erster Linie erwähnenswert das vom 10. 1. 1919 datierte

Memorandum des Marschalls Foch,

in dem dieser u. a. erklärt, der Rhein als militärische Grenze, die für die Aufrechterhaltung des von den Alliierten und Assoziierten angestrebten Friedens unerläßlich sei, stelle keinerlei territoriale Vorteile für irgendein Land dar. Es handle sich nicht darum, das linke Rheinufer zu annektieren, Frankreich oder Belgien einen Gebietszuwachs zu verschaffen und den Rhein gegen einen deutschen Vorstoß zu schützen, sondern darum, am Rhein die gemeinsame Sicherheitsgrenze, die für die Gesamtheit der demokratischen Nationen unerläßlich sei, zu errichten. Es handle sich nicht darum, einer einzigen Macht die Wacht an der gemeinsamen Schranke anzuvertrauen, sondern vielmehr durch moralische oder materielle Unterstützung aller demokratischen Mächte die Verteidigung ihrer Existenz und ihrer Zukunft zu gewährleisten dadurch, daß man es Deutschland ein für allemal unmöglich mache, den Krieg und den Geist deutscher Vorherrschaft auf das linke Rheinufer herüberzutragen. Selbstverständlich [illegible] Sache des Friedenskongresses sein, das Statut der aufzuerlegenden und zuzugestehenden Grenzen [illegible] Bevölkerung zu bestimmen. Welcher Art aber auch [illegible] sein möge, sie würden der [illegible] müssen und dementsprechend: [illegible] politischen Zugang zu den rheinischen Landesteilen auf dem linken Rheinufer und die politische Propaganda auf diesem Gebiete völlig unmöglich machen, vielleicht sogar diese Gebiete durch eine militärische Neutralisierungszone auf dem rechten Rheinufer decken, 2. die militärische Besetzung der Rheinlande auf dem linken Ufer durch die alliierten Truppen sichern, 3. den Rheinstaaten auf dem linken Ufer durch Anschluß an die übrigen westlichen Staaten mit Hilfe eines gemeinsamen Zollregimes die für ihre wirtschaftliche Tätigkeit erforderlichen Absatzmärkte garantieren müssen. Unter diesen Voraussetzungen und entsprechend dem von allen anerkannten Grundsatz der Freiheit der Ufer, könne man sich die Bildung autonomer Staaten auf dem linken Rheinufer denken, die sich unter den oben angedeuteten Vorbehalten selbst verwalteten. Die Bildung dieser Staaten an Hand der starken natürlichen Grenzen des Rheins werde allein imstande sein, Westeuropa den Frieden zu sichern. Das folgende Dokument, ein Memorandum der französischen Regierung betreffend die Festlegung der deutschen Westgrenze durch den Rhein und die interalliierte Besetzung der Rheinbrücken, datiert vom 25. 2. 1919, schließt sich der Auffassung des Marschalls Foch an. — In diesem ersten Teil des Gelbbuches, der bis zum 2. 9. 1919 reicht, findet sich außerdem eine zweite Note des Marschall Foch an die alliierten Regierungen vom 31. 3., ferner die Entwürfe zu den späteren Artikeln 428 bis 431 des Versailler Vertrages. Einer dieser Entwürfe stellt den Wortlaut des nicht ratifizierten französisch-englisch-amerikanischen Garantiepaktes dar.

Ein weiteres wichtiges Dokument ist die

Note der französischen Regierung

vom 17. 3. 1919, in der Einwände des Präsidenten Wilson und Lloyd Georges gegen die Besetzung des linken Rheinufers und die Vorschläge des Marschalls Foch vorgebracht werden. Die Einwendungen von Wilson und Lloyd George enthält das Gelbbuch nicht, aber aus der Widerlegung der französischen Regierung verdient folgendes hervorgehoben zu werden: Das linke Rheinufer sei von dem übrigen Deutschland verschieden. Es fürchte den Bolschewismus und die Kriegsabgaben. Es sei sich seines wirtschaftlichen Partikularismus bewußt. Es liebe die preußischen Beamten nicht, die das Deutsche Reich ihm aufgenötigt habe. Trotz Frankreichs absoluter Zurückhaltung träten dort bereits separatistische Tendenzen auf. Man rechne mit nationalistischer Erregung in Deutschland. Dieser Zustand sei durch die Niederlage geschaffen worden. Die vorgeschlagene Lösung könnte vielleicht des Imperialismus verdächtigt werden, aber es handele sich tatsächlich nicht darum zu annektieren, sondern darum, unter der Gewähr des Völkerbundes einen, den Interessen der Völker und den Bestrebungen eines großen Teils unter ihnen entsprechenden unabhängigen Staat zu schaffen. Das sei keine Bismarckische Lösung. Wegen des Eindrucks auf die öffentliche Meinung in England und Amerika könne man besorgt sein, aber der letzte Krieg lehre, daß der Rhein nicht nur die militärische Grenze Frankreichs und Belgiens, sondern auch der Demokratie jenseits des Meeres sei. Es werde weiter auf die Gefahr einer unbefristeten Besetzung hingewiesen, aber, da die ganze Organisation des linken Rheinufers in der Hand des Völkerbundes liegen könne, werde dieser stets das Recht haben, sie zu ändern.

Ein weiteres interessantes Dokument (Nr. 13) betrifft

Aeußerungen des Marschalls Foch über die geplante Besetzung des linken Rheinufers und das Regime im Saargebiet.

Foch erklärt danach: Ich weise schon jetzt darauf hin, daß die Freigabe der nördlichen Besetzungszone nach 5 Jahren den Verzicht auf den industriell stärksten Teil des besetzten Gebiets, den Verzicht auf den Brückenkopf, der zum Ruhrgebiet, der Hauptquelle des deutschen Reichtums, Zutritt gewährt, bedeutet, daß wir dann nicht weiter bedrohen, und auf offene Beschlagnahme wir verzichten. Nach 15 Jahren werden schließlich die Rheinbrücken in der ganzen Ausdehnung der besetzten Gebiete freigegeben. Frankreich steht wieder mit seinen Grenzen von 1870, d. h. ohne jede militärische Garantie da. An einer anderen Stelle äußert der Marschall: Wenn man mich nach der Lösung fragte, die ich vorschlage, würde ich ungefähr folgendes sagen: „Die Frage der Rheinlande wird absolut bestimmt durch die Frage des Rheins selber. Dieser Schluß ist für alles maßgebend. Wenn man Herr des Rheins ist, so ist man Herr des ganzen Landes. Steht man nicht am Rhein, so hat man alles verloren."

Der zweite Teil des Gelbbuchs beschäftigt sich ausschließlich mit der Frage des Abschlusses eines **Sicherheitspaktes.** Sie wurde durch Briand aufgeworfen, der am 24. 12. den französischen Botschafter beauftragte, Lord Curzon eine allgemeine Unterhaltung bezüglich der Fragen vorzuschlagen, die Frankreich und Großbritannien beschäftigen. Dieser Meinungsaustausch endete mit dem bekannten Vorschlag Lloyd Georges in Cannes, über den alles Wichtige bereits veröffentlicht wurde. Das erste Dokument, in dem nach dem Regierungswechsel Poincare die Frage wieder aufnimmt, sind die Instruktionen an den französischen Botschafter zur Weitergabe an die englische Regierung ein detailliertes Memorandum, in dem Poincare die Kritik Lord Curzons an den französischen Vorschlägen zu widerlegen sucht. Der französische Ministerpräsident verlangt vor allem, daß die Dauer des Sicherheitspaktes anstatt, wie die englische Regierung vorgeschlagen hatte, auf 10 Jahre begrenzt zu werden, auf 30 Jahre, mindestens aber auf 10 Jahre ausgedehnt werde. Nach seiner Auffassung dürfte das Abkommen sich nicht lediglich auf einen unmittelbaren Angriff Deutschlands erstrecken, es müßte vielmehr das allgemeine Einvernehmen der beiden Länder im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens bekunden. Darin liege auch das beste Mittel, die Entwicklung einer Allianz zu erleichtern. Die weiteren Dokumente des Gelbbuches weisen übereinstimmend die Tendenz auf, die englische Regierung als die Partei hinzustellen, der am wenigsten an dem Zustandekommen des Paktes gelegen ist.

Die Dokumentensammlung kommt dann auf

die Konferenz von Genua.

Von dem bedeutsamen Telegrammverkehr zwischen Ministerpräsident Poincare und dem ersten französischen Delegierten in Genua, Barthou, enthält die Veröffentlichung nichts. Der auf die Konferenz bezügliche Teil des Gelbbuches beginnt vielmehr mit neuen Instruktionen an den französischen Botschafter in London, in denen sich die französische Regierung bereit erklärt, auf die früher von ihr verlangte Verständigung zwischen den beiderseitigen Generalstäben zu verzichten, und eine Erweiterung des Paktes durch Einbeziehung von Belgien oder durch den Zutritt Italiens und den mitteleuropäischen Verbündeten Frankreichs in Aussicht nimmt, den Anschluß Deutschlands und Rußlands jedoch ablehnt.

Von besonderem Interesse ist in einer Instruktion Poincares, die am 2. 5 dem französischen Botschafter in London übermittelt wurde, die folgende auf den Rapallo-Vertrag bezugnehmende Stelle. Poincare schrieb: Der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages stellt in augenfälligster Weise eine Drohung für den Frieden dar. Dieser Vertrag ist

nur das Symptom der natürlichen Tendenzen der Deutschen und der Russen, sich in gemeinschaftlicher feindseliger Absicht gegen die Signatarmächte des Versailler Vertrages, insbesondere Frankreich und England, einander zu nähern. Lloyd George übersieht diese Gefahr nicht, aber er stellt sich vor, daß es, um ihr vorzubeugen, ausreichen würde, die Deutschen und Russen an einem allgemeinen Friedenspakt zu beteiligen. Man braucht aber nur die Kommentare zu lesen, zu denen der neue Vertrag von Rapallo eben erst in der deutschen Presse Anlaß gegeben hat, um zu begreifen, wie illusorisch die Hoffnungen des englischen Premierministers in dieser Beziehung sind. Es ist klar, daß ganz Deutschland weit weniger Wert auf die Bestimmungen, als auf die allgemeine Bedeutung des Vertrages von Rapallo legt, und daß es in ihm den ersten Schritt zu einer weitgehenden Annäherung zwischen ihm und Rußland erblickt, der die Möglichkeit schaffen soll, die Westmächte matt zu setzen und seine Revanche vorzubereiten. Es ist zwar nicht ganz sicher, daß der Vertrag von Rapallo geheime Anhänge mit militärischen Bestimmungen hat, aber eine russisch-deutsche Militär-Entente ist nichtsdestoweniger keine illusorische Gefahr. Poincare erklärte weiter, wenn Frankreich und England nicht durch die Ereignisse überrascht werden wollten, müßten diese auf die russisch-deutschen Manöver dadurch antworten, daß sie öffentlich durch die Unterzeichnung eines Sicherheitspaktes ihren Entschluß bekundeten, vor der Gefahr einig zu bleiben. — Nach diesem Meinungsaustausch ruhen die Besprechungen über den Sicherheitspakt ein ganzes Jahr und werden erst in dem Zeitpunkte wieder aufgenommen, in dem die französische und die englische Regierung die Noten über die Reparations- und Ruhrfrage vom Sommer 1923 austauschen; diese Dokumente sind durch das französische Memorandum über die Reparations- und Ruhrfrage bereits im Dezember 1923 bekannt geworden.

Weitere Zeugenvernehmung im Hitlerprozeß

)(**München**, 8. März. Das Gericht hatte heute zunächst in geschlossener Sitzung Oberst Etzel von der Reichswehr in Regenburg als Zeugen vernommen. Erst um 10,15 Uhr wurde die Sitzung wieder öffentlich.

General Ludendorff stellt gegenüber den gestrigen Ausführungen des Generals v. Kreß fest: Die Angeklagten sind Mitglieder des alten Heeres und haben im Kriege gekämpft, sie sehen in der Reichswehr die Fortsetzung des alten Heeres. Uns hat der große völkische Freiheitsgedanke auf die Anklagebank gebracht. Wir kämpfen nicht gegen die Reichswehr und das Offizierkorps, aber wir haben das Recht, uns gegen einzelne zu wenden. In der Liebe zu unserem Vaterlande, in der Liebe zur Reichswehr und in der Sorge um den Ruf der Reichswehr nehmen wir den Kampf mit in dem auf. (Bravorufe im Zuhörerraum.)

Rechtsanwalt Roder übergibt dem Gericht skandalöse Karrikaturen aus dem Gerichtssaal, die von dem Zeichner des ungarischen Blattes Az Est hergestellt wurden.

Zeuge General v. Epp

erklärte gegenüber Justizrat Kohl: Ich habe die Studenten nicht eingeladen, sondern nur auf die die Aufforderung von Reichswehroffizieren mich entschlossen, auf sie beruhigend zu wirken, aber ich machte schlimme Erfahrungen dabei. Die Leute **waren ja furchtbar aufgeheht.**

Generalleutnant Karl v. Hildebrand.

erklärt: Ich traf am 9. und 10. November Ludendorff, fand ihn gefaßt, ernst, aber weniger tief erschüttert. Ludendorff hat an das Wort Kahrs fest geglaubt. Als in den Morgenstunden des 9. November die Anzeichen sich verdichteten, daß Kahr seine Ansicht geändert hätte, sah ich in dieser Handlung Kahrs einen Umfall. In gleicher Weise hat Ludendorff das Verhalten Lossows beurteilt. Jedenfalls sah Ludendorff darin, daß ihm Kahr nicht einmal von seinem Umfall Mitteilung machte, einen Verrat an sich und der Bewegung. Ludendorff sagte mir, er habe sich entschlossen, der völkischen Bewegung die Treue zu halten und sie in letzter Stunde zu retten. Er kommt dann auf die von Ludendorff untergeschlagenen (?) Anschauungen über eine katholische Gefahr zu sprechen und erklärt, daß Ludendorff die Politik der Zentrumspartei bekämpfe, nie aber irgendwie die Religion.

Oberstleutnant v. Bergen,

Führer des Infanterieregiments Nr. 19 wird zunächst unvereidigt vernommen. Er erklärt, er habe bei seiner Ansprache an das Bataillon am 3. März gesagt, es sei eine Verleumdung, wenn man sage, Braun habe Caselia erschossen. Braun habe am 9. November überhaupt keinen Schuß abgegeben. An Hand der Gesechtslage stellt der Zeuge fest, daß Braun Caselia gar nicht hätte erschießen können. Der Befehl vom 9. November, das Feuer zu eröffnen, falls von der anderen Seite geschossen würde, sei von General Danner ausgegangen.

Leutnant a. D. Alons Hecker,

wurde am 9. November, morgens einhalb3 Uhr, im Wehrkreiskommando gebeten, zu General v. Lossow zu gehen, und eine Besprechung mit Ludendorff zusammen zu bringen. Er habe General v. Lossow Mitteilung gemacht, dieser habe sich aber umgedreht und erst nach einiger Zeit erwidert, es sei das Wort gebrochen worden und infolgedessen keine weitere Verständigung mehr möglich. Zeuge hat dann nochmals versucht, die Notwendigkeit klar zu machen, Ludendorff eine Mitteilung zukommen zu lassen. Das sei aber abgeschlagen und ihm außerdem verboten worden, aus der Kaserne wegzugehen.

Der Vorsitzende fragte: Dabei soll auch die Aeußerung gefallen sein: „Ja, das könnte Ihnen passen, wenn ich meine Pläne aufdecken würde"?

Zeuge: Ja, so lautete die Aeußerung des Generals Lossow.

Polizeimajor v. Imhoff

erklärt, Oberst Banzer habe in einer Offizierssbesprechung der Landespolizei erklärt, daß es für die Landespolizei nur den Gehorsam und die Pflicht gebe. Sie müsse einschreiten gegen alle Umsturzversuche von rechts oder links, müsse sich nötigenfalls mit der schärfsten Waffe durchsetzen und jeder einzelne Offizier müsse sich prüfen, ob er weiter derartigen Belastungen gewachsen sei. Wer aber glaube, diese Belastung nicht tragen zu können, soll es frei bekennen. Wenn er sich aber erst erkläre in einem Augenblick, wo es hart auf hart gehe, wäre das unehrlichkeit. Oberst Banzer habe außerdem angeordnet, daß in diesem Sinne auch die Verbände belehrt werden sollen. Es sei auch nicht schade, wenn das allgemein in den Kreisen der Nationalsozialisten bekannt werde. In einer zweiten Besprechung bei Oberst Seißer am 8. November stellte Oberst Seißer etwa Folgendes fest: Eine Einigung mit dem Kampfbund sei bisher nicht möglich gewesen. Hitler und Ludendorff streben die Bildung einer nationalen Reichsregierung in Bayern an und wollen nötigenfalls mit Gewalt nach Norden vorgehen. Kahr sei der Ansicht, daß ein derartiges Vorgehen zu einem absoluten Mißerfolg führen müsse, und würde niemals mitgehen.

Außerdem sagte Oberst Seißer noch etwa Folgendes: Er habe sich bisher immer bemüht, der Landespolizei die Notwendigkeit zu ersparen, einmal gegen national gesinnte Männer auftreten zu müssen. Er hoffe, im Vertrauen auf gegebene Zusicherungen, daß auch künftig diese Notwendigkeit nicht eintreten wird. Sollte aber wider Erwarten der Kampfbund doch loschlagen und die Führer der Bewegung nicht mehr Herr werden, so wisse er, daß die Landespolizei in Beherrschung erzogen sei, und ihre Pflicht tun werde, wenn es ihr auch unendlich schwer fallen müsse. Oberst Seißer erklärte weiter, daß im Falle eines Putsches die Landespolizei ihre Pflicht tun müsse, und daß sie dann auch ebenfalls von der Schußwaffe Gebrauch machen müßte. Zeuge schildert dann

die Ereignisse am 8. und 9. November

und teilt mit, daß ihm um 9,15 Uhr abends ein Kriminalbeamter atemlos Mitteilung von den Ereignissen im Bürgerbräukeller gemacht habe. Das erste, was er tat, war, daß er die Landespolizei alarmierte. Auf die Nachrichten hin, daß Verbände der Nationalsozialisten im Anmarsch seien, ließ er die ganze Landespolizei in höchste Alarmbereitschaft setzen und betrieb mit Baron Freiberg den **Aufruf der Reichswehr und die Hinzuziehung auswärtiger Verstärkungen.** Weiter veranlaßte er die **Besetzung von Hauptpost- und Telegraphenamt,** um die Fernleitungen in der Hand zu haben, und hat ferner allen Verbänden der Landespolizei die Verteidigung ihrer Unterkünfte besonders empfohlen. Später sei dann Oberstleutnant Freiherr v. Berchem bei ihm eingetroffen mit der Aeußerung, es müsse doch alles Schwindel sein. Zeuge wurde dann zu Oberst Seißer telephonisch befohlen. Seißer habe gesagt, nun komme es für di: Landespolizei darauf an, ihre Stellung zu halten. Es dürfe niemand hereingelassen werden, und es müsse nötigenfalls Gewalt angewandt werden.

Oberst Seißer bemerkte weiter mit ironischer Bitterkeit, jetzt haben sie mich zum Reichspolizeiminister gemacht. Den gibt es ja gar nicht. Zwischen 2,30 und 3 Uhr morgens wurde vom Generalstaatskommissariat fernmündlich der bekannte Funkspruch ausgegeben: „Kahr, Lossow und Seißer ablehnen Hitlerputsch." Bald nach 3 Uhr kam ein Auftrag des Generalstaatskommissariats, Frick und Pöhner zu verhaften. Von der Verhaftung sollte womöglich bis zum Morgen nichts bekannt werden. Kaum war dieser Auftrag überreicht, so trat Oberamtmann Frick in das Zimmer des Zeugen, um sich über die Lage zu orientieren. Er wurde verhaftet, ebenso etwas später Pöhner.

Der Staatsanwalt.

Ich glaube es findet sich in der Anklageschrift nicht ein Wort, das nicht durch den Akteninhalt oder durch Zeugenaussagen gedeckt ist. Dies muß einmal in der Oeffentlichkeit hervorgehoben werden.

Zeuge Imhoff erklärt weiter, er habe den Eindruck gehabt, daß Seißer die Ereignisse im Bürgerbräukeller ablehnte, und daß es Seißer darauf ankam, unter allen Umständen die nötigen Machtmittel auch von auswärts heranzubringen.

General v. Lossow wird als Zeuge vernommen

WTB München, 10. März. (Drahtbericht.) Die Kontrollmaßnahmen sind wieder verschärft worden und zwar dahin, daß eine strenge Waffendurchsuchung; beim Betreten des Gerichtsgebäudes durchgeführt wird. Zunächst verliest der Vorsitzende ein Schreiben des Kommandeurs der Landespolizei, das **Oberleutnant Godimann,** ein Mann von vornehmster Gesinnung und ein ausgezeichneter Soldat sei. Hierauf gibt Rechtsanwalt Kohl eine Erklärung ab, in der er u. a ausführt: Wir stehen vor dem Beginn der wichtigsten Periode der Verhandlungen, vor der Vernehmung von Kahr, Lossow und Seissert. Er halte es nach dem bisherigen Ergebnis für völlig unmöglich, daß diese drei Herren noch als Kronzeugen geladen werden können. Er ersuche den Staatsanwalt noch einmal, die ganze Situation zu würdigen, er müsse dann zu dem Ergebnis kommen, daß diese Leute das ganze Unternehmen angezettelt und ausgearbeitet haben. Wenn diese Leute nunmehr als Zeugen auftreten sollten, gebe es einen harten Kampf und dieser werde bis zur letzten Patrone durchgeführt werden.

Staatsanwalt Dr. **Stenglein** stellt fest, daß die genannten Herren nicht als Zeugen gegen die Angeklagten geladen seien, sondern deshalb, um die volle Wahrheit ans Licht zu bringen.

Vor der Vernehmung erklärt zunächst der Vorsitzende, daß Lossow vernommen werden müßte, weil er nach den äußeren Umständen im Bürgerbräukeller eine gewisse Beteiligung zu erkennen gab und weil ein Ermittelungsverfahren gegen die Zeugen eingeleitet worden sei.

von Lossow

erklärte, im Sommer 1923 sei er von befreundeter Seite verständigt worden, daß die Leitung von einem Direktorium erhofft würde, das die Zügel der Regierung ergreifen sollte und zwar von einem **rechts eingestellten nationalen Direktorium mit diktatorischen Vollmachten,** das von parlamentarischen Einflüssen unabhängig sei. Es solle **nicht durch einen Putsch herbeigeführt werden,** sondern auf Grund der Möglichkeiten, die Artikel 48 der Reichsverfassung gibt. Der Zeuge sei auch heute noch der Ansicht, daß dem Deutschen Reiche viel Arbeit erspart worden wäre, wenn die verantwortlichen Männer in Berlin dieses Programm durchgeführt hätten. Bei der Verordnung des Generalkommissariats sei über diese Dinge gesprochen worden und es habe sich alsbald eine vollkommene Uebereinstimmung in der Auffassung herausgebildet. Zu dem

Konflikt zwischen Bayern und dem Reich

erklärt Lossow, als in der Nacht zum 27. 12. in Bayern der Ausnahmezustand beschlossen worden sei, sei gleichfalls der Ausnahmezustand im Reich beschlossen worden. In Bayern hätten nunmehr zwei Ausnahmezustände bestanden. Es wäre sehr leicht gewesen, mit Bayern Vereinbarungen für diesen gleichen Ausnahmezustand zu treffen, sodaß es keinerlei Konflikt hätte geben können. Diese beiden Ausnahmezustände seien reine politische Angelegenheiten gewesen und hätten sehr freundschaftlich gelöst werden können. Der Versuch, die Angelegenheit zwischen den beiden Regierungen zu lösen, sei vollkommen mißlungen. Niemals in seinem Leben habe er den Wunsch gehabt, sich aktiv politisch zu betätigen. Die bayerische Regierung habe jedoch sein Vorgehen nicht zugelassen.

Die Inpflichtnahme der Division,

die eine weitere Verschärfung der Lage brachte, habe keine Trennung der 7. Division gebracht, vielmehr sei der ganze Dienstverkehr mit dem Reichswehrministerium in Berlin andauernd weitergegangen. Der Zeuge sei sich darüber klar gewesen, daß er sofort nach der Beseitigung des Konfliktes verabschiedet werden würde. Lossow erklärte weiter, daß er Ludendorffs Idee, die Reparationen und anderes bekämpft habe. Ludendorff habe damals den Gedanken eines Direktoriums als die beste Lösung bezeichnet. Am 2. 10. habe eine **Unterredung mit dem Generaldirektor Minour bei Kahr stattgefunden,** die sich ausschließlich in der Richtung für ein Direktorium bewegt habe. Am 31. 10. habe eine **Besprechung zwischen Ludendorff und Lossow stattgefunden,** in der Ludendorff für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen loyalen Verhältnisses eingetreten sei. Hierauf wird die Sitzung auf nachmittags vertagt.

In der heutigen Nachmittagssitzung macht der General Lossow weitere Angaben über die Vorgänge im Bürgerbräukeller. Hierauf beginnt Rechtsanwalt Holl namens der Verteidigung mit einer Erklärung, wonach die Verteidigung alle Fragen von Lossow bis zur Vernehmung des Hauptzeugen Kahr zurückstellt, um in der Oeffentlichkeit kein falsches Bild entstehen zu lassen. Die Verteidigung erklärt über die Mitteilung von Lossows von den bereits übergebenen Urkunden und Befehlen und der auch gemachten eidlichen Zeugenaussagen, daß nun einwandfrei feststeht, daß die Angaben in diesem Punkte der objektiven Wahrheit entgegensprechen. Das Gericht zieht sich hierauf zu einer kurzen Beratung zurück und fällt den Beschluß, daß die weitere Vernehmung des Zeugen von Lossow unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden soll.

Kurz vor einhalbleche Uhr verließ General von Lossow den Sitzungssaal. Die Verhandlungen wurden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit fortgesetzt.

Deutsches Reich

Die Beschlüsse der Sachverständigen.

Eine amtliche Mitteilung über die Abschlußberatungen der Sachverständigen in Paris sind bis jetzt noch nicht eingegangen. Der Bericht des Komitees ist noch nicht in allen Teilen festgestellt, doch ist das auch nur noch eine Frage vor Tagen Die wesentlichen Grundzüge des Berichts werden sich nach unmittelbaren Informationen wie folgt darstellen: Die Sachverständigen gehen hier einheitlichen Auffassung dahingehend Ausdruck, daß das Deutsche Reich erst dann reparationsfähig ist, wenn die wirtschaftliche Einheit seines Territoriums wiederhergestellt ist. Das würde die Wiedereinführung des Ruhrgebiets in den wirtschaftlichen Organismus des Reiches

Wybert gegen Husten W139.

Der ewige Kampf.

33) Roman von Karlfriedrich Baberadt.

Heinz feierte das als Bruckschenhöfer zu streiten, er hatte es zuwege gebracht, daß kein Fußbreit Landes der Industrie überantwortet worden war. Und jetzt durfte er mit Gerrit op gen Loh wieder gemeinsam arbeiten, jetzt hatte er wieder ein doppeltes Recht, für die Heimat zu kämpfen! Alle Bitternisse, die er für sein Handeln hatte zu schmecken bekommen, alle Mühsal und Not waren vergessen: heute war das Glück wieder da, von heute an sollte auch seine Lene wieder glücklich werden. Ach, dieses selige Glück, zu wissen, wofür man lebt und arbeitet, zu wissen, daß man ein Sieger sein werde in dem ewigen Kampfe um Recht und Heimat!

Heinz Potter stieß mit einem übermütigen Juchzer die niedrige Tür seiner Hütte auf und rief die Namen der Trien und der Lene. Er freute sich auf den nahen Augenblick, wo er das Glück in den vergrämten Zügen würde aufsuchen können. Ein wenig wunderte er sich, daß sie nicht da seien und daß die Haustüre nicht abgeschlossen war, aber dann ging er, mit lebhaften Gedanken beschäftigt, in der Stube auf und ab. Er dachte über das Schicksal nach, das ihn, den Fremdling, auserseben zu haben schien, ein Wächter der Heimat zu sein, gerade ihn, der etwas von der Welt gesehen hatte und die neue Zeit kannte, die sich über den Rhein hinüberdrängen wollte! Seltsam verschlungene Wege hatte er gehen müssen, ehe er sein wahres Ziel erkannte, aber nun war es ihm klar geworden, daß dieses Stück niederrheinisches Land nicht überflutet und hinweggefegt werden durfte von dem Erbarmungslosen, Zermalmenden, das sie „die neue Zeit" nannten und von dem er mußte, daß es nur trügerisches Glück berge für bodenständige Eigner und stolze Bauern, so lockend es ihnen auch vorkommen mochte.

Sein Fuß stieß an ein paar Glasscherben. Er bückte sich und hob sie auf und hing seine Photographie wieder an ihren Platz. Da sah er auch das Buch auf der Erde liegen. Er nahm es und legte es auf den Tisch. Dann zündete er sich sein kurzes Pfeifchen an und stellte sich ans Fenster.

Wo die Lene nur blieb! Ein Aerger flog über seine Stirn, aber die Freude verscheuchte ihn gleich wieder. Wenn sie erst bei Gerrit op gen Loh waren, müßten sie heraustreten aus ihrer Abgeschlossenheit. Sie müßten die Führer werden in Lossum. Ein **neues Leben sollte hier auf dem alten Boden emporblühen,** oh, auch eine „neue Zeit", aber gegründet auf dem Werk der Väter.

Der Hof der Gerrit op gen Loh sollte ein Musterwirtschaft werden, ein leuchtendes Vorbild für die Lossumer. Wenn die erst sähen, was dabei zu gewinnen war, würden sie alle folgen und Lossum würde am ganzen Niederrhein neuen Ruhm erwerben, größeren Ruhm, als wenn ein halbes Dutzend Fabrikschornsteine hier rauchten und eiserne Fördertürme in die Luft ragten. Der Reichtum aller würde sich mehren. Und er selbst, Heinz Potter, wollte erwerben und schaffen, bis es ihm vielleicht, vielleicht möglich märe, den Bruckschenhof zu kaufen! Er schloß die Augen vor den gaukelnden Zukunftsträumen. Sein Werk — sein Werk!

Wo nur die Lene blieb! Er trat ins Zimmer zurück. Seine Augen blieben an der alten Bibel haften. Ungeduldig setzte er sich an den Tisch und schlug das Buch auf. Er las und blätterte und suchte sich die losen Seiten zusammen.

Und las . . .

Die Pfeife fiel ihm aus dem Mund. Seine Augen weiteten sich und schienen aus ihren Höhlen herausquellen zu wollen. Kalter Schweiß trat auf seine Stirn, keuchend flog sein Atem und seine Finger krampfien sich um das vergilbte weiße Buch. Seite um Seite suchte er mit zitternden Händen ab und las. Und es war ihm, als versinke er im Moor. Wie Gift und Brand bohrten sich die Worte der Mutter in sein Herz und zerstörten alles in ihm, alles.

Er saß da wie einer, den ein furchtbarer Schlag betäubt hat, und hatte keinen anderen Gedanken als den einen: „Schwester! Schwester!" Eine Zärtlichkeit schien ihn zu liebkosen, wenn er an das Wort dachte, eine weiche Hand, wie er sie nie gefühlt, schien seine Stirn zu streicheln . . .

Da schrak er plötzlich zusammen. Die Trien stand vor ihm, „Herr — Sie?"

„Wo ist . .." Er wollte sagen: „meine Braut", aber ein Schmerz trieb ihm das Wort zurück. „Wo ist die Lene?" fragte er, „sie wollte doch heute nachmittag hier sein."

„Sie war da!" stotterte die Alte. „Ist sie denn nicht mehr hier? Sie war so sonderbar, sie war krank. Ich wollte Sie holen, Herr, aber einer sagte mir, Sie wären schon auf dem Heimweg."

„Hat die Lene in dem Buch da gelesen?"

„In der Bibel?? Nein — das heißt: doch ja! Ich habe ihr daraus vorgelesen. Wir haben gefunden, was ihre Mutter hineingeschrieben hat. Daß sie noch einen Bruder hätte!"

„Daß sie noch einen Bruder hätte!"

„Ja, Herr, ja. Und darüber war sie so furchtbar aufgeregt vor Freude!"

„Vor Freude? Heinz Potter lachte bitter. „Und sie hat gar nicht gesagt, wohin sie gehen wollte? Ist sie zum Bruckschenhof?"

„Aber nein doch, Herr", sagte die Trien ein wenig ungeduldig. „Sie wollte ja auf Sie warten und ich habe ihr geraten, sich ein bißchen hinzulegen."

Unaufhörlich zwischen Frage und Antwort rieben sich die Gedanken in Heinz Potters Hirn wie Mahlsteine, als müßten sie alles Nachdenken zermalmen. Und aus dem Sinnen und Grübeln wuchs ein wilder Trotz in ihm.

„Dummer Schnack", fuhr er die Alte an, „sich darüber aufzuregen! Der Herr Bruder in Amerika wird längst tot sein oder verschollen. Hätte weiß Gott Zeit genug gehabt, von sich hören zu lassen."

Einer draußen vor dem Haus rief seinen Namen, einer stürzte in die Stube mit feuchten Haaren, Jan Gilles.

„Heinz Potter, die Lene . . . die Lene! Am Baggerloch in der Kiesgrube! Ich habe sie von weitem gesehen! Ich bin ihr nachgerannt! Ich habe . . . meine Leute . . . oder die anderen, die von der Grube . . . vielleicht lebt sie doch noch . . ."

Mit einem Ruck warf Heinz Potter die Bibel von sich und stürmte hinaus. Jan Gilles hinter ihm drein. Die alte Trien war vor Schreck wie gelähmt. Sie setzt sich an den Tisch und faltete die Hände über dem heiligen Buch und betete leise.

Bis Heinz Potter atemlos zurückkam. „Sie kommen, Trien, mit der Lene. Geh, richte das Bett! Die Lene . . . die Lene ist . . . tot!"

Wimmernd ergriff die alte Frau die Hände des Mannes. „Jesus Christus! Wie ist denn das gekommen, Herr? Lene, meine Lene, meine arme, arme Dern!"

Barsch fuhr Heinz Potter die Weinende an. „Heul jetzt nicht, Trien. Tu, was ich dir gesagt habe. Sollen sie die Lene auf den Boden legen?"

Mit Gewalt machte er sich frei. Dabei streifte er sich die Aermel seines Hemdes in die Höhe.

Da schrie die Alte auf: „Das Mal! Um Gottes Barmherzigkeit: das Mal!"

„Bist du verrückt geworden, Weib?" herrschte Potter sie an.

„Das Mal! Das Mal! stöhnte die Frau. „Mein Gott, mein Gott. Arme, arme Lene."

Heinz Potter wehrte sich nicht mehr gegen ihre Verzweiflung. Seit er das junge Weib draußen mit gebrochenem Auge gefunden hatte, war sein Trotz vernichtet. Es war, als hätte einer seinen Willen und seine Kraft mit Keulenschlägen erdrückt. Er kam sich plötzlich alt und abgelebt vor, wie einer, der kein Recht mehr hat, da zu sein. Seine Hoffnungen und Pläne waren wie Spreu zerstoben. Sie waren am Leben gescheitert wie er selbst.

Das Schicksal hatte ihm nicht gehalten, was es ihm versprochen hatte. Ein Gemarterter war er, ein armer, hilfloser, zerschellter Narr, der nur noch einen Wunsch hatte: das Ende!

Aber noch einmal wollte sein Trotz aufflackern: was gehi's die anderen an, was du zu tragen hast, du bist frei! Doch da sah er die alte Trien am Tische kauern und wußte: Ihr Wissen macht mich unfrei. Das ist das Ende.

(Fortsetzung folgt.)

bedeuten. Zum weiteren halten die Sachverständigen dafür, daß Deutschland die Reparationszahlungen in bar für eine Dauer von mindestens zwei Jahren nicht leisten kann. Das würde ein Moratorium von zwei Jahren bedeuten. Die Sachlieferungen gehen dagegen selbst weiter durchgeführt werden. Andererseits sind die Sachverständigen aber auch der Auffassung, daß Frankreich für die Räumung des Ruhrpfandes, also vor allem für die Zurückziehung seiner Besatzungstruppen von Deutschland gewisse Sicherheiten haben muß. Die Sachverständigen erblicken sie einmal in einer Anleihe, für die der Reichseisenbahnbesitz in den besetzten Gebieten die Grundlage bilden soll, und andererseits durch die Schaffung einer Reparationskasse, in welche die Erträge besonderer Monopole fließen sollen. Es handelt sich dabei nicht um Monopole, in der sonst allgemein üblichen Form, sondern um gewisse indirekte Steuern, die in einer Kasse gesammelt werden sollen. Die Erträge sollen in den ersten zwei Jahren auch Deutschland zum Teil zugeführt werden, um seinen Haushalt in Ordnung zu bringen und die Sachlieferungen sicherzustellen. Nach Ablauf von zwei Jahren aber soll ein fester Betrag der Reparationskommission zur Verteilung an die alliierten Gläubiger zufallen, während ein über diesen Betrag hinausgehendes Erträgnis Deutschland zugesprochen werde. Daneben sind noch bestimmte Vorschläge bezüglich der Sicherung der Grenzen, der Eisenbahn usw. von den Sachverständigen gemacht.

Die preußische Regierung an den Nunzius Pacelli.

Gegen die katholikenfeindlichen Erklärungen Ludendorffs.

() **Berlin**, 9. März. Der preußische Ministerpräsident hat unter dem 5. März an den päpstlichen Nunzius, Erzbischof Dr. Pacelli, in Berlin, ein Schreiben gerichtet, das dem amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge folgenden Wortlaut hat:

Die von dem General der Infanterie a. D. Ludendorff in seiner Verteidigungsrede vor dem Volksgericht in München gegen Seine Heiligkeit den Papst gerichteten Angriffe geben mir Veranlassung, Euer Exzellenz zum Ausdruck zu bringen, wie lebhaft die preußische Regierung die Ausfälle des Generals gegen Seine Heiligkeit bedauert. Sie bedauert sie um so mehr, als sie sich bewußt ist, wie unbegründet die Angriffe sind und welch warmen Dank sie dem Heiligen Stuhl für seine Bemühungen um den Frieden und die Wohlfahrt des preußischen Volkes während und nach dem Kriege schuldet.

Wenn es sich nun auch bei dem General Ludendorff um eine reine Privatperson handelt, die als Angeklagte genötigt ist, alles vorzubringen, was seiner Ansicht nach für ihn von Nutzen sein könnte, so hält sich die preußische Regierung bei den ausgezeichneten Beziehungen, deren sie sich mit dem Hl. Stuhl zu erfreuen hat, gleichwohl für verpflichtet, ihr tiefes Bedauern über das Vorgehen des Herrn Ludendorff auszusprechen.

Euer Exzellenz wäre ich ganz besonders dankbar, wenn Sie Seiner Heiligkeit der Päpstlichen Regierung von diesem Vorfall zu übermitteln die Güte hätten.

Genehmigen Euer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung, mit der zu verbleiben ich die Ehre habe.

Ihr sehr ergebener
gez. Brauns.

Das Bedauern der bayerischen Regierung.

WTB München, 10. März. Amtlich wird mitgeteilt: **Die bayerische Regierung** habe unmittelbar nach der Verteidigungsrede Ludendorffs dem apostolischen Nunzius in München, Pacelli, mündlich ihr lebhaftes Bedauern über die in dieser Rede gegen den Heiligen Stuhl gerichteten Angriffe zum Ausdruck gebracht und hierbei betont, daß sie diese in jeder Hinsicht unberechtigten Angriffe außerordentlich peinlich und schmerzlich empfinde.

Kommunistische Einbrecher.

)(**Essen**, 8. März. Heute nachmittag wurde in die Geschäftsräume des Arbeiter-Hilfskomitees „Deutschland in Holland", das sich mit der Beförderung deutscher Arbeiterkinder nach Holland und der täglichen unentgeltlichen Speisung bedürftiger deutscher Kinder befaßt, ein Einbruch verübt. Die jetzigen Geschäftsräume des Komitees in der Weidenstraße hatte früher die Union der Hand- und Kopfarbeiter inne. Die Union hatte sich in zwei Teile gespalten, wovon der eine Teil unter kommunistischer Führung nach Bochum übergesiedelt war. Diese Gruppe drang heute nachmittag unter Führung des Leiters der Union in Bochum, des Kommunisten Max Müller, und des Gelsenkirchener Fritz Schneider in Stärke von etwa 20 Mann in die Räume des holländischen Hilfskomitees ein und stahl sämtliches Inventar des Büros, darunter auch sämtliche Listen der Kinder, die bereits nach Holland befördert sind, und einen Betrag von etwa 500 holländischen Gulden, der in den Schränken verwahrt war. Wohin die Räuber das gestohlene Material gebracht haben, ist unbekannt.

„In judenreiner Umgebung!"

Die drei deutschvölkischen Abgeordneten des Reichstages, Gräf, Wulle und Henning haben den Reichstagspräsidenten gebeten, ihnen neue Plätze, sie sitzen gegenwärtig in der hintersten Reihe des deutschnationalen Blocks und zwar zwischen Demokraten und Sozialdemokraten, anzuweisen. Jedoch müßten diese Plätze „in judenreiner Umgebung" sich befinden. Zwischen Demokraten und Sozialdemokraten eine judenreine Umgebung? Schwer zu machen!

„Katholische Strolche!"

Berlin, 10. März. Der **deutsch-nationale Pfarrer Koch** richtete in der **Berliner Stadtverordneten Versammlung** sehr heftige Angriffe gegen das Zentrum, von denen die Berliner Vossische Zeitung erklärt, daß sie „in höchstem Maße gehässig gewesen wären". Der Zentrumsabgeordnete **Lange** erwiderte, wurde aber niedergeschrien und von den Mitgliedern der Rechten sogar tätlich bedroht. Bei diesem Tumult wurde von **deutschnationaler** Seite mehrmals gegen das Zentrum hinüber geschrien: „Katholische Strolche!"

Billigeres Fleisch für die Besatzung.

Witten, 10. März. Der französische Ortskommandant hat dem Bürgermeister den „Befehl" zugehen lassen, er habe die **Metzger** von Witten anzuweisen, gegen Vorzeigung eines von der Besatzungsbehörde unterschriebenen Scheines dem Käufer eine **Preisermäßigung von 10 Prozent** auf die im Laden sonst geforderten Preise zu gewähren. Diese Ermäßigung sei **allen Militärs und den Angestellten zu gewähren, die der Armee angehören.** Die Anweisung sei in den Ortszeitungen bekannt zu machen und in allen Metzgereien in französischer und deutscher Sprache anzuschlagen.

Vollmachten an Preußen.

WTB Berlin, 10. März. (Drahtb.) Die dem Reichspräsidenten durch Paragraph 2 der Verordnung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. 2. 24 erteilte Befugnis zur Beschränkung der persönlichen Freiheit und zu Verboten periodischer Druckschriften wird den Landesbehörden in Preußen übertragen.

Ausland

Der französische Reparationsskandal.

WTB Paris, 7. März. Die von dem parlamentarischen Ausschuß für die befreiten Gebiete eingesetzte Untersuchungskommission hat heute eine neue Sitzung in Lille abgehalten. Von den bisher festgestellten **Betrugsfällen** werden im „Le Peuple" folgendes erwähnt: Ein Geschädigter aus dem Norddeparment hat eine **Entschädigung für 7 Parkbäume verlangt und erhalten**, die nach seinen Angaben von den deutschen Besatzungstruppen abgeholt worden seien. Durch die Angaben zahlreicher Zeugen ist aber **bewiesen, daß diese Bäume bereits vor dem Kriege abgeholzt und verkauft** worden sind. Ein anderer Geschädigter hat für **abhanden gekommene Möbel** eine Entschädigung von 260 000 Franken verlangt und auch erhalten. Auch in diesem Falle sei jetzt der Beweis erbracht worden, daß **das Mobiliar vor dem Anrücken der deutschen Truppen verkauft** worden ist.

Ein Musterbeispiel französischer Lügenmacher.

Die Pariser Presse bespricht einen angeblichen Unfall in einem militärischen Laboratorium in Dresden, bei dem sieben Menschen ums Leben gekommen sein sollten. Es wird behauptet, die deutsche Armee verfüge über ein neues aus Blausäure hergestelltes Gas ohne Geruch, ohne Farbe und Geschmack, das eine verheerende Wirkung auszuüben imstande sei.

Die Meldungen sind, wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, in allen Punkten, falsch. Deutschland stellt kein Gas zu militärischen Zwecken her. Es befindet sich kein militärisches Laboratorium in Dresden. Ein Unfall der beschriebenen Art hat sich in Dresden nicht ereignet. Richtig ist nur, daß am 25. Februar in einem Privathause bei Pirna eine Explosion erfolgte, bei der der Kommunist Bedrich anläßlich der Herstellung behelfsmäßiger Handgranaten zur Ausrüstung von Sturmtrupps eine Hand einbüßte. Es liegt auf der Hand, daß die lügenhafte Aufbauschung und Ausschmückung dieses Vorfalls in der Pariser Presse wenige Tage vor der Entscheidung der Botschafterkonferenz in der Kontrollfrage lediglich zu dem Zwecke erfolgt ist, um die bevorstehende Entscheidung zu beeinflussen.

Der Korruptionsskandal in Amerika

() **Newyork**, 8. März. Das Senatskomitee ermittelte die Tatsache, daß Präsident Coolidge noch zweimal an den Zeitungsherausgeber Maclean telegraphierte, nachdem dieser bereits die Zuwendung von 100 000 Dollars an den angeblich bestochenen früheren Sekretär des Innern Fall eingestanden hatte. Coolidge sagt, diese Telegramme bezögen sich nicht auf den Oelskandal, sondern seien durch anderweite politische und persönliche Gründe veranlaßt worden. Trotzdem erregt diese Enthüllung ungeheure Sensation und verschiebt die ganze Präsidentschaftskampagne sehr zu gunsten der Fortschrittlichen.

Tirolerhilfe für deutsche Studenten.

Von der Tiroler Landesregierung, Landeskomitee für Deutschlandhilfe, sind der Deutschen Caritas für Akademiker (1. Vorsitzender Herr Universitätsprofessor Dr. G. Schreiber M. d. R., 2. Vorsitzender Herr Ministerialdirektor Dr. Heukamp, Berlin) 10 Millionen Kronen für die Studentenhilfe zugegangen. Wir freuen uns, daß sich zu der Hilfeleistung, die unser erst kürzlich von wirtschaftlichen Schwierigkeiten befreites Nachbarland den deutschen Kindern in großem Umfange angedeihen läßt, jetzt auch noch die Sorge um die Linderung unserer studentischen Notlage gesellt. Nach wie vor ist die Notlage der deutschen Studierenden überaus groß, insbesondere wegen der großen Erwerbslosenziffern. (Anschriften richte man an Dr. Kloidt, Berlin N. 24., Große Hamburgerstr. 10.)

Der entthronte Kalif.

)(**Territet**, 10. März. Die Umgebung des Kalifen hat bis jetzt Pressevertretern gegenüber die größte Zurückhaltung bewahrt. Nichtsdestoweniger geht aus ihrer Haltung hervor, daß der Kalif seine Absetzung als unrechtmäßig betrachte und der Nationalversammlung in Angora nicht das Recht zu ihrem Beschluß gegen das Kalifat zubilligt. Der Kalif wird vorläufig in der Schweiz die weitere Entwicklung der Dinge abwarten und eventuell später mit einer Erklärung an die Oeffentlichkeit herantreten. Vor seiner Abreise wurde ihm von der türkischen Regierung ein Scheck auf 16 000 türk. Pfd. überreicht. Die Reise von der Türkei in die Schweiz ist ohne Unterbrechung und ohne Zwischenfall erfolgt. Von den Begleiterinnen des Kalifen ist nur eine als seine Gemahlin eingetragen worden. Der Aufenthalt des Kalifen in Territet ist bisher in der Oeffentlichkeit kaum beachtet worden. Auf dem Hause des Grand-Hotel, in dem der Kalif mit seiner Familie wohnt, flattern seit heute morgen die türkischen und die schweizerischen Fahnen.

Die Ausfuhr von Holz freigegeben.

WTB Berlin, 9. März. Durch eine Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist die Ausfuhr von Holz der Nummer 86 des staatlichen Warenverzeichnisses freigegeben.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Eine Wetter-Notverordnung.

Wir lesen in der „Magdeburgischen Zeitung": „Im Hinblick auf die unerfreulichen Auswirkungen unseres diesjährigen ausgedehnten Winters hat die Reichsregierung, die ja in Notverordnungen nun bereits eine gewisse Erfahrung besitzt, folgendes Gesetz erlassen:

§ 1. Der **Winter** wird mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung **außer Kraft gesetzt.**

§ 2. Es findet eine **Aufwertung der Temperaturen** statt, und zwar innerhalb der ersten drei Tage der Verfügung ab um 30 v. H. und um weiter je 10 v. H. jeweils nach 3 Tagen, bis die durchschnittlichen Vorfrühlingstemperaturen erreicht sind.

§ 3. Die zuständigen **Frühlingsblumen** haben ab 5. März ihre Blütezeit zu beginnen.

§ 4. Das **Ausschwärmen der Insekten** beginnt am gleichen Tage vormittags 7,30 Uhr für alle größeren und lebenskräftigen Exemplare, vom 8. März ab dürfen die ersten Schmetterlinge fliegen.

§ 5. Die **Singvögel** haben ihre Tätigkeit zu beginnen, sobald die Aufwertung der Temperatur um 50 v. H. erreicht ist.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung usw.

Berlin, den 30. Februar 1924.

Die Reichsregierung.

—0— **Olpe**, 11. März. **Achtung!** Heute abend, Dienstag 8.30 Uhr, findet bei Anton Gastreich eine wichtige Sitzung des Vorstandes und Arbeitsausschusses der Partei statt. **Alle Mitglieder** sind herzlich und dringend eingeladen. Besondere Einladungen ergehen nicht.

(**) **Olpe**, 11. März. In seiner letzten Versammlung beschloß der Gewerbeverband für die neu eingelegenden **Abend-Züge von Olpe und Finnentrop** (wir haben bereits über diese Angelegenheit berichtet) einen Zuschuß von 1000 M. zu gewähren. Es ist jedenfalls zu begrüßen, daß im **Interesse von** Handel und Wandel ein derartiger Schritt getan ist, grundsätzlich sollte man aber der **Reichsbahn** nicht damit Mittel und Wege schaffen, Präzedenzfälle zu konstruieren, denn wenn der Reichsbahn einmal der Finger gereicht wird, will sie totsicher nachher auch die ganze Hand. Die Züge werden aller Wahrscheinlichkeit nach schon heute fahren.

)(**Olpe**, 11. März. **Das Versorgungsamt Siegen** wird mit Ende März 1924 **aufgelöst.** Sein Bezirk, umfassend die Kreise Altena, Olpe, Siegen und Wittgenstein, wird mit dem gleichen Zeitpunkt dem Versorgungsamt **Soest** i. W. zugelegt. Schriftstücke, die für das Versorgungsamt Siegen bestimmt sind, sind bereits vom 20. ds. Mts. ab dem Versorgungsamt Soest i. W. zuzuleiten.

!! **Olpe**, 11. März. **(Reise-Sparmarken.)** Um Minderbemittelten und insbesonders Jugendkreisen die Anschaffung von Reisesparmarken der Reichsbahn (wertbeständiger Wertzeichen) nach Möglichkeit zu erleichtern, hat der Reichsverkehrsminister neben den bisherigen Reisesparmarken über 5 und 2 Mark noch eine weitere Sorte über 1 Mark eingeführt, die aus brauner Pappe hergestellt ist. — Die Geldwertmarken berechtigen nicht, wie z. B. die früheren badischen Kilometerscheine, zum Umtausch nach ihrem Nennwert in Fahrkarten. Diese Einrichtung ist seinerzeit gewährt, um auch die Benutzung bei Fahrten mit Preisermäßigung und bei der Gepäckabfertigung ohne weiteres zu ermöglichen.

:: **Olpe**, 11. März. **Was der Landmann vom März sagt.** Nasser März ist für keines Bauern Herz. — Ist Kunigunde (3.) regenschwer, bleibt gar oft die Scheune leer. — Märzenstaub ist's Pfund einen Taler wert. — Trockener März, April naß, Mai luftig und von beiden was, bringt Korn in den Sack und Wein in das Faß. — Ein schöner Josephstag (19.), das ganze Jahr gut werden mag. — Ist es um Lätare feucht, so bleiben die Kornböden leicht. — Ist es an Mariä schön und hell, gibt es viel Obst auf alle Fäll'. — Märzenblüte ist ohne Güte. — Auf Märzenregen folgt kein Sommersegen. — Wie die vierzig Ritter (9.) das Wetter gestalten, so wird es noch vierzig Tage anhalten. — Märzenregen zeigen an, daß große Winde geh'n heran. — Feuchter März der Bauern Schmerz. — Gewitter im Märzen geh'n dem Bauer zu Herzen. — Ist Gertrude sonnig, wird's dem Gärtner wonnig. — So viel im März die Nebel steigen, so viel im Sommer sich Wetter zeigen. — Märzenferkel und Märzenfohlen alle Bauern haben wollen. — Was der März nicht will, das holt sich der April, was der April nicht mag, das steckt der Mai in den Sack. — Im Märzen kalt und Sonnenschein, wird eine gute Ernte sein. — Wenn im März viel Winde wehn, wird's im Maien warm und schön. — Märzenschnee tut den Saaten weh. — Ist Marien (25.) schön und rein, wird das Jahr sehr fruchtbar sein. — Joseph klar, gibt ein gutes Honigjahr. — Auf Märzendonner folgt ein fruchtbar Jahr, viel Frost und Regen bringen Gefahr. — Trockne Fasten, gutes Jahr. — Regen zu Anfang oder zu End', der März sein Gift send't. — Mariechen (25.) pustet das Licht aus und Michel (2. Sept.) steckt es wieder an. — Zu frühes Säen ist nicht gut, zu spätes Säen auch übel tut.

-- **Olpe**, 11. März. **(Aufbringung der Mittel der Erwerbslosenfürsorge.)** Infolge der Aenderung der Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge und über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge ist mit Wirkung vom 1. März ds. Js. an eine andere Verteilung der Lasten eingetreten. Die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Erwerbslosen bestimmten Mittel werden durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie durch eigene Leistungen der Gemeinden aufgebracht. Die Höhe der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte zu tragenden Beiträge setzt der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises fest. Sie sind so bemessen, daß sie je zwei Drittel der notwendigen Kosten des öffentlichen Arbeitsnachweises und den Anteil am Aufwande für die Erwerbslosenfürsorge decken, dürfen aber 3 vom Hundert des Grundlohnes nicht übersteigen. Die Gemeinden haben ein Drittel der notwendigen Kosten, des Arbeitsnachweises und ein Neuntel des Aufwandes für die Erwerbslosenfürsorge zu tragen. Reich und Länder leisten Beihilfen, wenn die Höchstleistungen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gemeinden nicht ausreichen.

)(**Olpe**, 11. März. **Die Kleinrentner** sollen bei den Preisprüfungsstellen mitwirken. Nach den Angaben des Deutschen Rentnerbundes gibt es bei uns 6—850 000 Kleinrentner. Der Bund hatte gewünscht, daß diese mehr als bisher zu den Aufgaben auf dem Gebiete des Preisprüfungswesens herangezogen werden. Der Reichswirtschaftsminister hat sich auch damit einverstanden erklärt, daß sie als Verbrauchervertreter herzuziehen werden, um so mehr, als sie fast durchweg mehr freie Zeit haben. Man hofft so auch den Klagen einer Reihe von örtlichen Preisprüfungsstellen über mangelnde Mitwirkung der Verbrauchervertreter zu begegnen.

p. **Olpe**, 11. März. **Die Verunreuungen im Bereiche der Reichspost- und Telegraphenverwaltung** haben in den letzten Monaten erfreulicherweise erheblich nachgelassen. Nach den Feststellungen der [illegible] der **Oberpostdirektion in Dortmund** seit Jahresfrist eingerichteten Ueberwachungsstelle kommen als Täter nicht immer Postbedienstete in Frage, sondern vielfach sind Postsendungen vor der Auflieferung zur Post oder nach der Aushändigung durch Angestellte der Absender bezw. Empfänger unterdrückt oder beraubt worden. Mitteilungen über auffällige **Verlust- und Beraubungsfälle** werden außer von den **Postanstalten auch von der Ueberwachungsstelle** (Oberpostdirektion, Zimmer 1) mündlich oder [illegible] **entgegengenommen.**

☛ **Aus dem Kreise Olpe**, 11. März. **(Jagderlaubnisschein erst nach Prüfung.)** In der alten Hansastadt Bremen ist zum erstenmale in der Kulturwelt eine gesetzliche Bestimmung erlassen worden, nach der sich vor Erteilung eines Jagderlaubnisscheines der Antragsteller einer Prüfung zu unterziehen hat, und zwar in puncto Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, Jagdbetrieb und Gewehrtechnisches. Die Umfegung dieses von allen Waidgerechten schon lange gehegten Wunsches in die Tat ist von allergrößter Bedeutung für die Erhaltung unserer heimischen Natur. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Bekämpfung des Schießwertums unternommen worden. Sind doch die meisten Jagdunfälle darauf zurückzuführen, daß Rasstes vermöge ihres Geldbeutels auf die Jagd gehen, die sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Menschen und auch der Tierwelt bewußt sind.

Provinzielles.

* **Kirchen**, 8. März. Nachdem schon verschiedene Abteilungen des Landgerichts Neuwied nach hier übergesiedelt sind, plant man auch die beiden Amtsgerichte Daaden und Wissen nach hier zu verlegen.

* **Betzdorf**, 8. März. Der älteste Einwohner des Siegerlandes wohnt in dem Dorfe Eckmannshausen. Er begeht am 19. d. M. den 100. Geburtstag.

WTB Hagen, 6. März. Bei den Kaufmannsgerichtswahlen für die Arbeitnehmer wurden insgesamt 612 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf die Liste 1 (Deutschnationale Liste) 259 Stimmen gleich 4 Beisitzer, auf Liste 2 (Verband weiblicher Angestellten) 72 Stimmen gleich 1 Beisitzer, auf Liste 3 (Gewerkschaftsbd. d. A.) 217 Stimmen gleich 3 Beisitzer, auf Liste 4 (Zentralverband) 64 Stimmen gleich 0 Beisitzer. Gewählt sind mithin von Liste 1 Emil Jörlein, Johann Kurth, Georg Hachenberg, Hans Messert, von Liste 2, Klara Bülch-Husemann und von Liste 3 Emil Heying, Willi Weber, Karl Schambach. Die Wahl der Arbeitgeber fiel aus, da von diesen nur eine Liste eingereicht war, die somit als gewählt gilt. Es sind dies die Kaufleute Karl Müller, Gustav Tesche, Paul Funke, Hermann Wille, Ernst Wetzler, Richard Möller und W. Halbach, sowie Bergassessor R. Funke.

)(**Köln**, 7. März. Wie aus Cleve gemeldet wird, verhängte die dortige Strafkammer **empfindliche Strafen wegen Kapitalflucht.** So wurden ein Architekt aus Goch zu sechs Monaten Gefängnis und 40 000 Goldmark Geldstrafe und ein in Goch wohnender Holländer wegen Beihilfe zu zwei Monaten Gefängnis und 20 000 Goldmark Geldstrafe verurteilt. Beide hatten versucht, 9000 Dollar, 2000 holländische Gulden und 500 englische Pfund über die Grenze zu schmuggeln.

* **Bonn**, 8. März. Zu den ältesten Menschen dürfte Frau Witwe Kübbeler in Walberberg am Vorgebirge gehören, die über 106 Jahre alt ist. Sie ward am 1. Oktober 1817 geboren. Die Greisin ist noch recht rüstig, bedarf keiner besonderen Pflege und genießt alle vorkommenden Speisen.

WTB Elberfeld, 9. März. Im hiesigen Eisenbahndirektionsbezirk wurden gestern 2 **Personen tot aufgefunden und zwar in Barmen-Wichlinghausen** der **Rangierarbeiter Peter Köhler**, der von Arbeitskollegen bewußtlos neben den Gleisen aufgefunden und kurz darauf starb, und zwischen den Stationen **Langerfeld-Küppersteg ein junger Mann von 16—17 Jahren** mit zertrümmertem Schädel. Wie die beiden zu Tode gekommen sind steht noch nicht fest.

WTB Aachen, 10. März. (Drahtb.) **Regierungsrat Dr. Rombach**, welcher am 27. 1. v. J. aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden war, kann nunmehr mit Genehmigung der Besatzungsbehörden **nach Aachen zurückkehren und seinen Dienst wieder aufnehmen.**

Kirchliches

Päpstliche Ehrung Professor Schreibers.

WTB Rom, 8. März. Durch ein Breve des Apostolischen Stuhles wurde der Universitätsprofessor in Münster, Reichstagsabgeordneter **Dr. Georg Schreiber**, zum **päpstlichen Hausprälaten ernannt.**

Vermischtes.

Entgleist.

WTB Hamburg, 9. März. (Drahtbericht.) Die Reichsbahndirektion Altona teilt mit: Sonnabend abends entgleiste der von Hamburg nach Berlin fahrende D-Zug Nr. 9. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht bestimmt ermittelt. Vermutlich ist sie ein Schienenbruch. Reisende wurden nicht verletzt.

Der Hunger in Berlin.

Das statistische Amt der Stadt Berlin hat die ermittelbaren Fälle zusammengestellt, in denen Hunger Todesursache war. Eine genaue Feststellung ist natürlich nicht möglich, weil die Aerzte bei ihren Angaben, auch bei wirklich erkennbaren Hungertodesursachen, recht vorsichtig sind und eher Altersschwäche, Verkalkung und dergleichen in den Totenscheinen angeben. In den ersten neun Monaten des Jahres 1923 wurden in Berlin **34 Todesfälle** von Unterernährung und **5 Hungertodesfälle** berichtet. Was diese 39, die das Leben hinter sich haben, durchleiden mußten, ist unausdenkbar. Diesen Dutzenden steht eine viel größere Zahl von Entschlossenen gegenüber, die ihr Dasein mit eigener Hand beendeten **172 Menschen gingen in demselben Zeitraum freiwillig in den Tod.** Wieviele Menschen werden in ganz Deutschland aus dem entsetzlichsten aller Selbstmordursachen die Tür zum Leben hinter sich geschlossen haben! Im Berliner Asyl für Obdachlose, das längst viel zu klein ist für die Scharen, die an seinen Toren Einlaß begehren, und wo alle Gänge und Winkel belegt werden, ohne doch allen ein Unterkommen für die Winternacht bieten zu können, betrug die Frequenz im Januar dieses Jahres 156 000 Personen! Hunderisechsundfünfzigtausend Menschen. Das war 1919 noch die Zahl der Besucher für das ganze Jahr! . . .

* **Der Rekord der Langsamkeit.** In dem nordamerikanischen Städtchen Claptonville machten der Buchdrucker Joe Mac Swinton und der Fleischergeselle Bill Burman, zwei gute Amateurradfahrer, eine **Wette, wer die Strecke von 100 Metern am langsamsten fahren könnte.** Die Wette sollte von dem verloren sein, der sich zuerst genötigt sähe, vom Rad zu steigen. Der noch nie dagewesene Kampf wurde auf vollkommen gerader und ebener asphaltierter Straße in Gegenwart von zwei Chronometeuren und einem Schiedsrichter ausgefochten. Nach vierzig Metern, die er in 22,75 Sekunden zurücklegte, konnte Burmon sich nicht mehr auf dem Rade halten. Als er abstieg, hatte er bereits 5,2 Meter Vorsprung vor Mac Swinton, der nach dem Zeugnis der begeisterten Zuschauer „kroch wie eine Schnecke". Mac Swinton hielt sich bis ans Ziel, welches er nach 76,5 Sekunden erreichte. Er sagte, kein Rennen habe ihn jemals so angestrengt wie dieses „damned crawling" (verdammte Kriechen). Der Preis der Wette ist echt amerikanisch: der Besiegte ist verpflichtet, den Sieger auf einem Schubkarren dreimal um den Marktplatz von Claptonville zu fahren. Zu diesem Triumph schmückt der Sieger sich mit einem neuen Cylinderhut, den der Besiegte bezahlen muß.

„ Was ist eine Billion? Einen Begriff davon geben folgende Rechenbeispiele: Eine normale Taschenuhr macht in je zwei Sekunden fünf Schläge, also 150 in der Minute, 9000 in einer Stunde, 216 000 in einem Tage. Zu einer Million Schläge braucht die Uhr rund 4,5 Tage, zu einer Billion über 12 600 Jahre. Eine bei Christi Geburt in Gang gesetzte Uhr hätte bis heute erst rund 150 Milliarden Schläge hinter sich und hätte bis zur 1000. Milliarde noch rund 10 750 Jahre nötig.

WTB **Newyork**, 8. März. Infolge einer Explosion auf dem Salpeterwerk von Vizcaya am Karitanfluß sind **8 Personen getötet und 100 verletzt worden, etwa 12 Personen werden vermißt.** Nach einer späteren Meldung vermutet man, daß über **30 Personen umgekommen** sind. In den zerstörten Gebäuden wurden Salpeterstoffe, die nach Beendigung des Krieges von der Regierung freigegeben wurden, in Düngemittel umgewandelt.

Vom Büchertisch

Du trägst das Glück. Ein Buch für Frauen und Mädchen, von **Pater Lucas P. S. M.** Gebunden 4,90 G.-Mk.

Ein neues „Lucas-Buch" wird von vielen mit Freude begrüßt. Denn der lebens- und seelenkundige Pallotinerpater mit der ihm eigenen Gabe, sanft und doch unwiderstehlich Herz und Gemüt zu packen, hat durch seine bisherigen Veröffentlichungen sich einen treuen Leserkreis erworben, ja, man kann ruhig sagen, sich eine eigene Gemeinde geschaffen. Haben zumal Tausende von Frauen und Jungfrauen an seinem letzten Buche „An der Mutter Hand" viel stille Herzensfreude erlebt, viel seelische Erhebung und Aufmunterung gefunden, so werden sie besonders dem Verfasser dank wissen, daß er sein jüngstes Buch gerade für sie geschrieben. — Nach Glück sehnt sich das Menschenherz; nach schöneren Tagen — und dem Weg dazu — schaut aus vor allem unser armes Volk in seiner trüben, trostlosen Gegenwart. Da tritt das neue Lucas-Buch hin vor die deutsche Frau, das deutsche Mädchen, und spricht verheißungsvoll und tröstend: „Was suchst du in dem Nebel lang nach dem Weg zum Glück? ? Du selbst — — Du trägst das Glück!" So möge dieses tief religiöse Buch durch möglichst weite Verbreitung seine herrliche Mission erfüllen: die deutschen Frauen und Mädchen zu überzeugen, daß sie berufen sind, wieder Sonne ins Leben und Glück ins Haus zu bringen, daß es ihre hehre Aufgabe ist, als opferbereite Priesterinnen dieses heilige Feuer zu schüren und zu hüten.

e. r.

Zu beziehen durch die Ruegenberg'sche Buchhandlung, Olpe.

Wirtschaftsteil.

Die Goldkreditbank.

Der Reichsbankpräsident hat im Ausschuß des Reichstages eine ausführliche Darstellung über seine abzuschließenden Verhandlungen in Paris mit den Sachverständigen gegeben. Diese Ausführungen waren gleichzeitig die Begründung für den dem Reichstage nunmehr noch in Vorlage gebrachten Gesetzentwurf über die Goldkreditbank. Eine größere Opposition hat sich im heutigen Ausschuß eigentlich nur von deutschnationaler Seite gegen diesen Gesetzentwurf erhoben. Immerhin muß man damit rechnen, daß der Entwurf, der am Montag in den Reichstag kommt, dort ziemlich lebhafter Aussprache unterliegen wird.

Die Goldkreditbank ist lediglich die Vorstufe für die eigentliche Goldnoten- oder Emissionsbank. Für die jetzt durch Gesetzentwurf zu schaffende Kreditbank wird eine Verpfändung von Reichseigentum nicht in Frage kommen. Der Gesetzentwurf soll lediglich die Grundlage dafür geben, daß durch die Errichtung dieser Bank die Wirtschaft mit Krediten versehen wird, die die Reichsbank und die Rentenbank ihr jetzt nicht gewähren können, um nicht die Währung in Gefahr zu bringen.

Zentralausschußsitzung der Reichsbank.

In der letzten Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank berichtete der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. **Schacht**, über die Entwürfe der beiden Gesetze, die für die Errichtung der **Golddiskontbank** notwendig werden: einmal den Gesetzentwurf zur Abänderung des Bankgesetzes, andererseits den Gesetzentwurf über die Golddiskontbank. Der Zentralausschuß erteilte seine Zustimmung und ermächtigte das Reichsbankdirektorium, die mit der Errichtung der Bank zusammenhängenden Arbeiten fortzusetzen, auch bevor die alsbald zusammentretende Generalversammlung stattgefunden hat.

10 Millionen Goldmark an Amerika.

Die Reichsbank hat mit einem deutschen Dampfer 10 Millionen Gold und zwar in Barren nach Amerika übermittelt, die dort zum Ankauf von Dollars verwandt werden sollen, um den Devisenfond der Reichsbank zu stärken. Auch diese Maßnahme dient der Sicherung der Stabilität der Währung.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

WTB Essen, 10. März. (Drahtb.) Nach vorläufigen Feststellungen wurden im Februar im gesamten Ruhrgebiet ohne die Regiezechen 7050758 Tonnen (Jan. 6187481 Tonnen) Kohlen gefördert. Davon entfallen auf das besetzte Gebiet 6371451 (5485040) Tonnen. Die Kokserzeugung ohne die von der Regie betriebenen Kokereien stellt sich im Februar auf 1298556 (1050692) Tonnen, im besetzten Gebiet auf 947592 (881910) Tonnen. Im besetzten Gebiet stellt sich die arbeitstägliche Förderung auf 254858 Tonnen (210763). Die Koksserzeugung betrug im Februar im gesamten Ruhrgebiet täglich 44778 (33893) Tonnen.

Verlagsanstalt F. J. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: J. V. Krauß in Berlin-Schöneberg.



Die bekannte **„Ullstein-Aktien-Gesellschaft"** *Berlin* **wechselt** *auf Grund*

mehrjähriger bester Erfahrungen

ihre **sämtlichen Schreibmaschinen-Systeme** *gegen* **IDEAL-Maschinen** *aus und erteilte der Aktien-Gesellschaft vorm. Seidel & Naumann, Dresden vorerst einen Auftrag auf*

225 Ideal.

Ein neuer Beweis für die **anerkannt überlegene Qualität** *der Ideal-Schreibmaschine.*

Alleinverkauf für den Kreis Olpe: **Gottfr. Marx, Olpe.**

†)681

Achtung! Achtung!

Komme Mittwoch nach Olpe auf den Marktplatz mit einer Waggonladung

prima süßer Apfelsinen, 12 u. 15 Stück 1 Mark, prima Eß-, Koch- und Tafeläpfel, 5 Pfd. 2 Mark, alles frostfreie Ware, süße Feigen, 2 Pfd. 1 Mark. Ferner Rotkohl, Weißkohl, Wirsing u. Blumenkohl, Lagerzwiebel, 4 Pfd 1 Mk., Rohebückinge, Pfd. 50 Pfg., 5-Pfd.-Kiste 2 Mk., eine Partie junge Büchsen-Erbsen, 2-Pfd-Dosen 1 Mk., vollfetter Holländer Käse.

Alles andere billig. (†)678)

August Wegener, Elberfeld.

Kaiserhof-Lichtspiele :: Olpe.

Das Tagesgespräch dieser Woche ist

Die Fledermaus.

Erstaufführung: Freitag, den 14. März.

(†)683)



Von Freitag, dem 14. März ab, haben wir eine große Auswahl hochtragender und frischmelker

Kühe und Rinder

zum Verkauf stehen.

Julius Moses
S. Rosenberg
w133 Kirchen,
Telef. 193 Amt Betzdorf.

Ladenlokal

ev. mit Einrichtung in guter Lage für feines Spezialgeschäft gegen hohe, stets wertbeständige Miete sofort oder später gesucht.

Offerten unter Nr †)667 an die Gesch. ds. Bls.

Für schulentlassene Burschen im Alter bis zu 18 Jahren suchen wir geeignete

Arbeitsstellen

Anfragen ist 1,— GM. in Reichsgeld für Barauslagen beizufügen

Angebote an den kath. Männer-Fürsorgeverein Dortmund, Mühlenstraße 2a.

Gesucht

für sofort, ein braver kath. Bursche, ca. 15—18 Jahre, der 1 Pferd fahren kann, und Interesse für Landwirtschaft hat. Desgl. ein kath. tüchtiges Mädchen gute Melkerin, für Bienenversorgung. Gefl. Zuschr. mit Lohnanspruch erbitten (†)677

Gebr. Hanses
Rinseke b. Kirchhundem.

Tüchtige

Schneider

in und außer dem Hause sofort gesucht. (†)674

Josef Neuhaus, Olpe

Schneider-Lehrling

gesucht. (†)650

Frz. Burghaus
Trolshagen.

Für sofort zuverlässiges

Mädchen

gesucht. (†)682

Frau Franz Koch.
Olpe.

Reine

Wollgarnsocken

liefert am billigsten Strickerei Hecker-Steins, Heiwsberg/W. Preise frei

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 12 cm × 5/8 cm ⌀ dauernd gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111

H. u A. Hanses, Holzgeschäft,
Rüsperwerk b. Oberhundem i. W.

„Triumphator"

ist der Name der Rechenmaschine für 4 Spezies in höchster Vollendung und verschiedensten Spezialmodellen. — Verlangen Sie kostenlos Angebot und Vorführung.

Louis Hees Siegen i. W.
Ruf 272.

Hagener Schauspielhaus

Spielplan.

Dienstag, den 11. März,
„Die Kleine vom Variété" 7½ Uhr.
Mittwoch, den 12. März,
Kreiskriegerverband, „Johannisfeuer", 7½ Uhr.
Donnerstag, den 13. März,
Bühnenvolksbund, „Die verkaufte Braut", 7½ Uhr.
Freitag, den 14. März,
Miete B, „Wenn Liebe erwacht", 7½ Uhr.
Samstag, den 15. März,
„Tannhäuser", 7 Uhr.

Nur für Wiederverkäufer:

Benkensteins Würstchen,

es gibt keine besseren!

Fabrik seit 1880 in Halberstadt.
Vertreter u. Lager für Regierungsbez. Arnsberg:
Alb. Helleckes, Bonzel-Grevenbrück.
Telefon 216. (w112)

Frische

Landbutter

kauft zu Tagespreisen.

Heinrich Gipperich
Kolonialwaren und Bäckerei, Olpe. (†)679

Bauplätze

ca. 60 m Straßenfront ca. 26 m Tiefe zu verkaufen.

Zu erfr. in der Exp. ds. Blattes. (†)681

Kautschukstempel und Emailleschilder

liefern wir in jeder Größe schnellstens.

Gebrüder Clemens,
Olpe, Martinstraße.

Anzeigen
in dem „S. V."
haben Erfolg

Tüchtige

Schreiner-Gesellen

sofort für dauernde Beschäftigung gesucht.

Albert Stinn.
(†)676) Attendorn.

K. K. V.

morgen, Mittwoch abends 8½ Uhr Vereinslokal. (†)680

Künstler-Monographien

kaufen Sie in der

Ruegenberg'schen Buchhandlung,
Olpe, Bahnholstraße.

Der Etat der kathol. Kirchengemeinde Olpe für das Rechnungsjahr 1924/25 nebst Besteuerungsbeschlüssen liegt von heute ab 14 Tage lang im Pfarrhause zur Einsicht auf.

Olpe, den 9. März 1934. (†)675

Der kathol. Kirchenvorstand.